

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

29

Wien, am 23. Jänner 1931.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Jänner 1931.

Vizebgm. Hoss (E.L.) eröffnet die Sitzung um 17'10 Uhr.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss 1930 und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II.

HR. Dr. Hengl (E.L.) bemerkt, der Wiener Gewerbetreibenden habe sich grosse Beunruhigung bemächtigt durch die Drihung des Finanzreferenten, dass alle Entgänge, die Wien beim Finanzausgleich erleiden werde, den Wiener Steuerträgern aufgelastet werden sollen und dass die Steuerermässigungen eingestellt werden. Die Wirtschaftsfeindlichste aller Steuern der Gemeinde ist die Nahrungs- und Genussmittelabgabe und es wäre höchste Zeit, dass durch den Finanzausgleich eine Erleichterung der von dieser Abgabe betroffenen Betriebe herbeigeführt wird. Wie ungerecht diese Steuer ist, geht z.B. daraus hervor, dass ein Restaurant, das nur die Mindestquote an Erwerbssteuer bezahlt, Schilling 61.200 an Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu bezahlen hat, und ein sehr bekanntes Lokal, das von Fremden viel besucht wird, Schilling 51.000 an Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu bezahlen hat, obwohl es in den letzten beiden Jahren passiv war. Trostlose Verhältnisse herrschen bei den Wiener Weinbauern, die ex lege in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe eingereiht sind. Rund 10 Prozent der Wiener Weinbautreibenden haben ein Einkommen unter dem Existenzminimum, weitere 60 Prozent sind in der niedrigsten Einkommensteuerstufe, trotzdem sind sie in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe eingereiht. Wie arg auch hier das Missverhältnis ist, geht daraus hervor, dass ein Betrieb, der nur 12 Schilling Einkommensteuer bezahlt, Schilling 5.400 Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu bezahlen hat und ein Betrieb, der 19 Schilling Einkommensteuer bezahlt Schilling 9.800 Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Jede andere Stadt würde solche Kleinode, wie sie unsere Weinbaudörfer an der Stadtperipherie darstellen, in jeder Weise fördern. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist so unsinnig geworden, dass selbst die sozialdemokratischen Angestellten mit allem Nachdruck eine Aenderung des Gesetzes verlangen. Hoffentlich wird der entschlossene Abwehrkampf des Wiener Gewerbes und die einsichtige Haltung der sozialdemokratischen und der anderen Arbeitnehmer den Sieg über die Auffassungen des Finanzreferenten erringen und werden wir uns in diesem Saal mit der Nahrungs- und Genussmittelabgabe nur das eine Mal noch zu beschäftigen haben, wenn es sich darum handeln wird, diese fremdenverkehrsfeindliche Steuer zum Verschwinden zu bringen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

Wien, am 23. Jänner 1931.

St. R. Weber erwidert auf die Ausführungen des St. R. Kunschak in der letzten Gemeinderatssitzung. Herr St. R. Kunschak, sagte ^{St. R.} Weber, hat sich bei seinen Berechnungen auf die Rechnungsabschlüsse und auf die vom Wohnungsamt angegebene Zahl der Wohnungen berufen. Ich habe versucht, das Zahlenmaterial des Kollegen Kunschak zu ordnen, muss aber gestehen, dass dies nicht gelungen ist. Ich konnte nur feststellen, dass dem Herrn Stadtrat nicht geringe Irrtümer unterlaufen sind. Er hat erklärt, dass das Notstandsprogramm aus dem Jahre 1927 genau 5.232 Wohnungen umfasse. Das ist unrichtig, so lautet nämlich die Präsidialzahl des Aktes; das Wohnbauprogramm betrug 5000 (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit). Wohnungen. Unrichtig ist auch die Berechnung über die Zahl der in Angriff genommenen Wohnungen. Sie beträgt nicht 42.232, sondern 41.432, was sehr leicht aus dem Rechnungsabschluss ersahnen werden kann. St. R. Kunschak hat auch die bis Ende 1929 vollendeten 3.414 Siedlerwohnungen und 124 anderen Wohnungen in den Gemeindesiedlungen, zusammen also 3.538 Wohnungen nicht mitgezählt. Mag es sich vielleicht auch um Flüchtigkeitsfehler handeln, wenn man aber eine so scharfe Kritik wie der Herr Kunschak übt, dann dürfensolche grobe Flüchtigkeitsfehler nicht vorkommen. (Zustimmung bei der Mehrheit).

Nach den Berechnungen des Herrn St. R. Kunschak soll das Bauprogramm bis Ende 1929 mit 4.328 Wohnungen im Verzug sein. Auch das ist falsch. Der Rechnungsabschluss gibt darüber klare Auskunft. Er weist bis Ende 1929 als fertiggestellt oder begonnen 46.161 Wohnungen aus. Wieviele Wohnungen waren nun bis Ende 1929 fertigzustellen oder in Angriff zu nehmen? Dies ist aus der Gemeinderatsbeschlüssen klar ersichtlich. Das sogenannte Notstandsprogramm umfasste 4.719 Wohnungen. Von 1924 bis 1928 waren 25.000 Wohnungen fertigzustellen. Am 29. Oktober 1926 wurde ein zusätzliches Bauprogramm von 5000 Wohnungen die zu errichten der Gemeinderat am 27. Mai 1927 beschlossen hat, entfallen an nungen vom Gemeinderat beschlossen und von den 30.000 Wohnungen, die die Jahren 1928 und 1929 je 6000, zusammen 12.000. Das ergibt insgesamt 46.719 Wohnungen. Da 46.161 Wohnungen ausgewiesen sind, ergibt sich, dass der Bau von 558 Wohnungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Angriff genommen war und nicht, w Herr Kunschak behauptet hat, 4328. (Hört! Hört!)

Es wurde auch behauptet, dass aus dem Bauprogramm Wohnungen auf die staatliche Wohnbauförderung geschoben worden wären. Das muss zurückgewiesen werden. Der Gemeinderat hat ohne Widerspruch ein zusätzliches Bauprogramm von 10.000 Wohnungen mit Hilfe der staatlichen Wohnbauförderung beschlossen. Um mit dem Bauen möglichst rasch beginnen zu können, wurden die zum Teil im Gemeinderat genehmigten Bauprojekte den Vorschriften der Bundeswohnbauförderung entsprechend adjustiert bei der Geschäftsstelle noch im Oktober 1929 eingereicht. Man hoffte dadurch mit dem Bau sofort beginnen zu können. Es wurden aber alle Bauvorhaben, die bei der Bundeswohnbauförderung eingereicht worden sind, dem Gemeinderat neuerlich zur Beschlussfassung unterbreitet. Diese Dinge liegen so klar, dass mit aller Entschiedenheit der dafür von Herrn St. R. Kunschak gebrauchte Ausdruck "hinüberschieben" zurückgewiesen werden muss, weil er gänzlich unbegründet ist. Es ist nur zu bedauern, dass

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 23. Jänner 1931.

von allen eingereichten Projekten der Gemeinde nur 572 Wohnungen bewilligt worden sind und alle Urgenzen vollständig wirkungslos blieben. Diese 572 Wohnungen werden in das normale Bauprogramm nicht eingerechnet. Im Zusammenhang mit der Abgabenteilung war es eine der Forderungen Wiens, aus der Wohnbauförderung 2000 Wohnungen zu bekommen. Das ist nun durchgesetzt worden. Freilich hat die neue Abgabenteilung der Gemeinde eine schwere finanzielle Einbusse gebracht. Es kam deshalb bei diesen 2000 Wohnungen keinesfalls der gleiche Vorgang eingehalten werden, wie bei den 572 Wohnungen. Diese 2000 Wohnungen werden als Ersatz zur Ergänzung des zu kürzenden Normalbauprogrammes dienen müssen, eine Kürzung, die durch die Schmälerung der Einnahme der Gemeinde auf Grund der neuen Abgabenteilung notwendig ist.

Was die von St. R. Kunschak besprochenen Ueberschreitungen bei einzelnen Bauten anlangt, so weiss die ganze Oeffentlichkeit, dass solche Ueberschreitungen bei Bauten eine landläufige Sache sind. In den letzten Jahren haben zahllose Veränderungen der Materialpreise, der Bahntarife und der Löhne die Baukosten beeinflusst. Oft mussten die Bauvorhaben geändert werden, dazu kommt noch der Einbau von Wäschereien und Bäder, die einen Wohnbau verteuern. Das ist auch unter der christlichsozialen Verwaltung hunderte Male der Fall gewesen und vollzieht sich bei jedem Bauherrn. Es ist demgegenüber schon eine geradezu bemerkenswerte Tatsache, dass infolge des bei der Gemeinde geübten ausserordentlichen Sparsystems und einer äusserst strengen Baukontrolle auch auf Bauten verwiesen werden kann bei denen man mit dem präliminierten Betrag ausgekommen ist, ja bei denen vielfach Ersparnisse erzielt werden konnten. Bei 11 Bauten, die St. R. Kunschak angeführt hat, besteht nach seiner Auffassung eine Kostenüberschreitung von 1,452.610 Schilling. Er meinte, "daraus könne man sich beiläufig ein Bild davon machen, wie ungeheuerlich die Summen sind, die der Wohnbau über jenen Betrag hinaus erfordert, den der Gemeinderat Jahr für Jahr genehmigt hat!" Auch das ist unrichtig. Bei 29 Wohnhausbauten, über die bereits eine vollständige Abrechnung vorliegt, beträgt das Ersparnis gegenüber der genehmigten Baukostensumme 11,609.635 Schilling. Davon hat St. R. Kunschak nicht gesprochen. Dafür aber hat er bemerkt, dass vom ganzen Bauprogramm keine einzige Abrechnung vorläge. Demgegenüber stelle ich fest, dass 230 Wohnungsbauten bereits abgerechnet sind und das Stadtbauamt alles daran setzt, um die restlichen Abrechnungen mit der grössten Beschleunigung zu erledigen.

Die Beschwerden über die Zuschusskredite für den Wohnungsbau sind unverständlich, da ihnen grosse Ersparungen gegenüberstehen. Von 1924 bis 1929 wurden einschliesslich der Zuschusskredite 598,586.606 Schilling vom Gemeinderat für Wohnungsbauten genehmigt. Nach den Rechnungsabschlüssen wurden in diesen Jahren 553,341.566 Schilling verausgabt. Es ergibt sich also eine Minderausgabe von 45,245.000 Schilling. Einmal klagt die Minderheit, über die Zuschusskredite und ein anderes Mal stimmt sie ein Triumph

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

IV. Blatt

KARL HONAY

23. Jänner 1931.

Wien, am

geschrei darüber an, dass die im Budget vorgesehenen Kredite nicht aufgebraucht wurden. Was ist Ihnen also recht? Sie werden vielleicht antworten, man müsse bei den Wohnbauten mit den vorgesehenen Krediten absolut das Auslangen finden. Wer so spricht, hat vom Bauen keine Ahnung, insbesondere nicht von der Durchführung eines so ungeheuren Bauprogrammes. Wir haben hier gar nichts zu scheuen und können uns in dieser Hinsicht auf das Urteil des Obersten Rechnungshofs berufen. (Lebhafte Zustimmung).

Die Gemeinde Wien hat sich zum Ziel gesetzt bis zum Jahre 1932/3 rund 65.000 Wohnungen zu erbauen. Das bisherige Ergebnis ihrer Wohnbautätigkeit beweist, dass sie fest entschlossen ist, dieses der Wiener Bevölkerung gegebene Versprechen zu erfüllen. Die Gemeinde hat sich die Aufgabe gestellt, gute Wohnungen zu bauen und daher die Durchschnittsgrösse wesentlich gesteigert. Sie hat sich nicht darauf beschränkt Einzelräume, Zimmer-Küchenwohnungen und einige wenige zweiräumige Wohnungen zu bauen, sondern sie hat auch Einfamilienhäuser und grössere Wohnungen in nicht geringer Zahl geschaffen. Sie hat die Wohnhausanlagen mit grossen Gartenhöfen ausgestattet, soziale Einrichtungen der verschiedensten Art eingebaut und maschinelle Wäschanlagen errichtet. Das alles kostet natürlich Geld. Es wäre gewiss leichter gewesen so zu bauen, wie die privaten Bauherren in Wien immer gebaut haben, also Kabinettwohnungen und Küche und Zimmerwohnungen mit dem Gangklosetten aneinandergereiht. Aber da hätten wir alle Forderungen, die die breiten Massen der Bevölkerung mit Recht an die Wohnkultur zu stellen berechtigt sind, vernachlässigen müssen. Das haben wir nicht getan und die arbeitende Bevölkerung dieser Stadt bekennt sich mit Begeisterung zu unserer Wohnungspolitik, die von den Fachleuten aus aller Welt bewundert wird. Die Minderheit hier in diesem Saal mag die begeisterten Berichte der hervorragendsten Fachleute über die Wiener Wohnbautätigkeit als *g*eflunker bezeichnen, wir sind der Meinung, dass diese Berichte ein gerechtes Urteil über vollbrachte Leistungen sind, auf die wir mit Fug und Recht stolz sein können (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) erklärt, dass die ausführliche Besprechung der Frage des städtischen Wohnbaues eine gute Wirkung gehabt hat, da St. R. Weber nunmehr zwei Zusagen gemacht hat. Weber hat nämlich erklärt, künftighin ein Jahresbauprogramm festzulegen und weiter, dass künftighin Kostenvoranschläge erstellt werden sollen, die bindend sein sollen. Diese Zusagen allein rechtfertigen es schon, dass im Gemeinderat ausführlich über das Bauwesen gesprochen wurde. Wenn St. R. Weber gemeint hat, dass in der Kritik der Minderheit auch Flüchtigkeitsfehler vorkommen, so ist das weiter nicht verwunderlich, da den Gemeinderäten für eine eingehende Prüfung nur unzulängliche Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Weber hat heute seine Aufgabe viel richtiger erfasst als Dr. Danneberg, der versucht hat, mit Witzen die Kritik des

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 23. Jänner 1931.

Kunschak abzutun. Wir haben bei Prüfung des Rechnungsabschlusses gewaltige Überschreitungen beim städtischen Wohnbau festgestellt. Gegen unsere Kritik hat St. R. Weber mit grossen Zahlen operiert und ist damit sogar zu Ersparung gekommen. Tatsache jedoch ist, dass die für den Wohnbau veranschlagten Summen ganz bedeutend überschritten worden sind. Man stützt sich nunmehr auf den Bericht des Rechnungshofes, der gewiss eine wertvolle Beigabe ist. Es darf aber nicht vergessen werden, dass der Rechnungshof Vorbehalte macht, und zwar ganz wesentliche. So zum Beispiel, dass sich seine Kritik nicht auf die Beschlüsse des Gemeinderates und der Ausschüsse erstreckt, dass sich sein Urteil nur auf Stichproben stützt und drittens, dass der Bericht des Rechnungshofes die Arbeit einer ganz neuen Kontrolle ist. Schliesslich und endlich enthält der Bericht des Rechnungshofes aber auch ganz gewichtige Ausstellungen. Sich also so ganz auf den Bericht des Rechnungshofes zu stützen, halte ich nicht für angebracht. Dazu kommt noch, dass die Prüfung der Gebarung der Gemeinde Wien für jeden Menschen überaus schwierig ist, weil ja keine Bestandsrechnung zur Verfügung steht. Ich richte daher an den Finanzreferenten das Ersuchen, alle jene Arbeiten zu betreiben, die zu einer Aufstellung über das gesamte Inventar mit richtiger Bewertung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens führen. GR. Wagner beschäftigt sich sodann im einzelnen mit dem Rechnungsabschluss und verweist vor allem darauf, dass die vom Bunde kommenden Einnahmen eine Steigerung um rund 23 Millionen gegenüber dem Voranschlag zeigen, was mit ^{der} nicht zu billiger Praxis der österreichischen Finanzminister zusammenhängt, den anspruchsberechtigten Körperschaften zu niedrige Voranschlagsziffern zu liefern. Aber auch die Landes- und Gemeindeabgaben zeigen ein Mehr von rund 18 Millionen Schilling, eine recht ansehnliche Steigerung in der ^{Zeit} einer so grossen Wirtschaftskrise. Es mag heute nicht mehr zeitgemäss sein, über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu sprechen. Es ist ausserordentlich erfreulich, dass eine der gehässigsten und zum parteipolitischen Missbrauch am meisten Anlass bietenden Abgaben verschwinden soll. Und für Hunderte Wiener Existenzen wird die Nachricht, dass diese Steuer verschwinden soll, eine wahre Freudennachricht sein. Dr. Wagner tritt sodann der Behauptung des St. R. Breitner entgegen, dass Wien in der Sozialen Verwaltung gegenüber anderen Bundesländern zu kurz komme. In Wirklichkeit hat die Gemeinde aus der 6 Schilling Bierabgabe in diesem Jahre eine Mehrerhebung von über Schilling 810.000 erzielt. St. R. Weber hat mit Unrecht die in seiner Gruppe gemachten Überschreitungen bagatellisiert. Der Betrag von 22 Millionen, der hier mehr ausgegeben wurde, ist weit höher als der Entgang aus der Nahrungs- und Genussmittelabgabe über den so viel gesprochen wird. Die unglückselige Verwaltungsgruppe V hat auch nach diesem Rechnungsabschluss mehr eingenommen und weniger ausgegeben. Auf Kosten dieser Verwaltungsgruppe muss unter allen Umständen geapart werden. Beängstigend ist die Tatsache, dass bei den Strassenbahnen bis zum Jahre 1929 ein gesamter Betriebsabgang

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 23. Jänner 1931.

von über 51 Millionen zu verzeichnen ist, dass eine Unverhältnismässigkeit ^{Wirkung der eigenen und} fremden Gelder eingetreten ist, die zu den schwersten Befürchtungen Anlass gibt. Und es wäre dringend an der Zeit, ^{Lage der} dem Gemeinderat offen über die städtischen Strassenbahnen zu berichten und Vorschläge über ihre endliche Sanierung zu erstatten. Es ist sehr gut, dass der Rechnungsabschluss in einem Augenblick zur Erledigung kommt, wo es nicht mehr notwendig ist, auf den Ton des Dr. Danneberg zu erwidern. Die Opposition hat immer nur den Standpunkt verfochten, dass auch die Gemeinde in die Abgabenteilung nicht mit einer starren Nein tritt, sondern versucht, der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Die Beschimpfung, dass wir Verräter sind, muss auf das allerschärfste zurückgewiesen werden. Dieser Teil der Rede des Abg. Danneberg war eine agitatorische Entgleisung, und wenn Dr. Danneberg ^{nicht} rühmt, dass er nicht mit der Schärfe spricht, wie andere Menschen, so liegt die Schärfe bei ihm nicht im Ausdruck, sondern im Ton, in der Geste und in der Logik, und alle drei haben etwas Aufreizendes und Artfremdes für uns, so dass es wirklich schwer ist an sich zu halten und ruhig zu bleiben. (Beifall bei der E.L.) Dr. Wagner spricht die Hoffnung aus, dass in Zukunft die Voranschläge so sorgfältig ausgearbeitet werden, dass auch sie als "bindend" angesehen werden können. (Beifall bei der E.L.).

GR. Preyer verweist darauf, dass die ungeheure Arbeitslosigkeit in Wien zum grossen Teil ihre Ursache im städtischen Steuersystem findet. Die Voranschläge schliessen mit einem Gebarungsabgang, die Rechnungsabschlüsse hingegen mit einem Gebarungsüberschuss. Eine solche Finanzverwaltung ist weder objektiv, noch sachlich und wahr. Die Mehreinnahmen bei den einzelnen Steuern werden von der Bevölkerung rücksichtslos herausgepresst, sie sind der Ruin der Wirtschaft. Die Lustbarkeitsabgabe wurde mit 15'5 Millionen Schilling veranschlagt, das Erträgnis sind 16'48 Millionen Schilling. Die Folge der Lustbarkeitsabgabe ist ein ununterbrochener Rückgang der Veranstaltungen. Dazu kommt noch, dass die Lustbarkeitsabgabe von Jahr zu Jahr schärfer erfasst wird. So hat der Oesterreichische Touristenklub für seine Faschingsveranstaltung im vorigen Jahr 2000 Schilling gezahlt, heuer musste er für seine Veranstaltung am 17. Jänner 3500 Schilling zahlen. Breitner besteuert aber nicht nur die grossen Vereinigungen, sondern auch Arbeitervereinigungen, wenn sie auch nur die Bildung ihrer Mitglieder anstreben. So hat eine Vereinigung von jungen Arbeitern, die Mandolinenkonzerte aufführt, kürzlich einen internen Abend veranstaltet. Es wurde kein Eintrittsgeld, sondern ein Regiebeitrag von bloss 50 Groschen eingehoben. Im ganzen wurden 30 Schilling eingenommen; von diesem bescheidenen Betrag sollte die Arbeitervereinigung 15 Schilling Lustbarkeitsabgabe entrichten; weil sie es nicht imstande war, hat ein Gemeinderat die 15 Schilling bezahlt. Mehreinnahmen sind weiter bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, bei der Fremdenzimmerabgabe, bei der Kraftwagenabgabe

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

23. Jänner 1931.

VII. Blatt

Wien, am.....

zu verzeichnen. Bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe macht die Mehrein-
nahme über 3 Millionen Schilling aus, bei der Fremdenzimmer ^{abgabe} über anderthalb
Millionen Schilling und bei der Kraftwagenabgabe rund 1'2 Millionen Schilling.
Auf diese Weise wird die gesamte Wirtschaft zugrunde gerichtet. Am 15. Jänner
wurden in Wien 125.457 Arbeitslose gezählt; im vergangenen Jahr haben über
3000 Personen in Wien Selbstmord verübt, davon zwei Drittel aus Arbeitslosig-
keit und Notlage. Das alles rührt Herrn St. R. Breitner nicht. Es ist daher sehr
begreiflich, dass angesichts eines solchen Elends nicht nur die Gewerbetrei-
benden, sondern auch die Angestellten und Arbeiter einen verzweifelten Kampf
gegen die Finanzpolitik Breitners führen. In letzter Zeit wird ein heftiger
Kampf gegen die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, über die in Zukunft ja nicht
mehr zu sagen sein wird, geführt. Der Verfassungsgerichtshof hat die Nahrungs-
und Genussmittelabgabe als verfassungswidrig erklärt, doch für Breitner bedeu-
tet diese Entscheidung gar nichts, sie ist für ihn nur ein Fetzen Papier. Er
hat einfach 77 Kaffeehäuser, 56 Gasthäuser und eine Anzahl von Delikatessenge-
schäften und Konditoreien als Luxusbetriebe erklärt, weil sie an einer be-
sonderen Stelle gelegen und nett ausgestattet sind, ^{obwohl} diese Merkmale
doch nicht Merkmale eines Luxus sein können. Ja man hat sogar die Bahn-
hofrestaurants als Luxuslokale erklärt. Das ist der reine Wahnsinn. Es
ist daher kein Wunder, dass sich auch die sozialdemokratisch ^{-gesinnten} Angestellten
gegen diese ^{ihre} Politik gewendet haben. Es ist also die höchste Zeit, dass
die Nahrungs- und Genussmittelabgabe verschwindet. Ihre Sozialpolitik,
schliesst der Redner, ist Demagogie, Ihre Finanzpolitik Wahnsinn und die
Folgen von Beiden sind der Ruin von Handel, Gewerbe und Industrie und Elend
und Hunger unter den Massen. Daher ist der Kampf gegen das System Breitner
das Ziel aller ehrlich arbeitenden Stände. (Lobhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Kunschak (E.L.) bemerkt, GR. Danneberg habe auf seine erste
Rede in einer Art geantwortet, die der sozialdemokratischen Polemik und der
des Dr. Danneberg zur Lebensgewohnheit geworden sei: Klare ^{Sach} Verhalte durch
Verdrehung in ein Licht zu rücken, dass sie nicht mehr erkennbar sind und
dann gegen den entstellten Sachverhalt mit aller Boredsamkeit anzurennen.
Es ist vor allem eine Verdrehung, als ob ich gesagt hätte, der Bericht des
Rechnungshofes sei nicht bedeutungsvoll. Das gerade Gegenteil ist wahr, und
ich kann daher ruhig es der breiten Öffentlichkeit überlassen, sich das
Urteil über eine solche Kampfweise selbst zu bilden. (Lobhafter Beifall bei
der E.L.) Die Widerlegung der von mir angeführten Tatsachen über die städti-
sche Wohnbautätigkeit, die sich auf Aktenmaterial stützen, macht sich Dr.
Danneberg sehr bequem, indem er verkündigt, man wisse nicht, was ich eigentlich
wolle. Ich bedauere lobhaft, wenn Dr. Danneberg das nicht versteht und hoffe
nur, dass die Brüchigkeit seines Intellekts, die er da einbekannt hat, nur
auf der Ueberanstregung durch die Verhandlungen über die Abgabenteilung
beruht. (Heiterkeit bei der E.L.) Dass man sehr wohl wissen kann, was ich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 23. Jänner 1931.

wollte, dafür hat St.R. Weber heute den treffendsten Beweis geliefert und der Leionverstand eines einfachen Volks- und Bürgerschülers war imstande, das aufzunehmen, was dem akademischen Vorstand des Dr. Danneberg unverständlich geblieben ist (Heiterkeit und Zustimmung bei der E.L.) Dr. Danneberg erklärt es für Wehleidigkeit, weil ich es zurückgewiesen habe, dass man uns im Gemeinderat als Hochverräter und in der Arbeiterzeitung als Verräter an den Interessen Wiens beschimpft hat. Ich, der ich mit dieser Stadt, seinem Volk und dessen Interessen als ein geborener Wiener, der stolz darauf ist es zu sein, verbunden ist, der ich zu einer Zeit, wo Dr. Danneberg einer vernichtenden persönlichen Kritik seitens des Abg. Pernertstofer unterzogen worden ist, schon als Gemeinderat an allen Errungenschaften dieser Stadt mitgearbeitet habe, empfinde es als die gröblichste Beleidigung, als Verräter an dieser Stadt bezeichnet zu werden, und solchen Schimpf muss man doppelt schwer empfinden, wenn er von Leuten kommt, denen ihre höhere geistige und soziale Bildung gebieten würde, in der Wahl ihrer Ausdrücke und in der Kritik etwas vorsichtiger zu sein (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Dr. Danneberg hat seinen Vorwurf zu recht fertigen versucht, indem er erklärt hat, dass in allen anderen Ländern alle Abgeordneten in der Frage der Abgabenteilung zusammenstehen. Aber in allen anderen Ländern ist die Stellung der Opposition auch eine ganz andere. In den anderen Ländern sitzt die Opposition in der Landesregierung selbst, sodass kein Schritt der Landesregierung ihrem Einblick entzogen ist, die Opposition hat dort die Möglichkeit der unmittelbaren Mitarbeit und sie führt selbst Ressors der Landesverwaltung. Dergleichen gibt es im Lande Wien nicht. Von den 12 Wiener Stadträten sind 8 amtsführende und für die vier übrigen hat man nicht einmal einen richtigen Namen gefunden. In den übrigen Landesregierungen hat man über die Abgabenteilung berichtet. In Oberösterreich ist sogar in offener Landtagssitzung über die Abgabenteilung gesprochen und der einstimmige Beschluss gefasst worden, ihre Durchführung von der Regierung zu fordern. In Wien ist darüber nicht berichtet worden. Wir haben wohl gehört, dass Dr. Danneberg, der kein Gemeinde- und kein Landesorgan ist, namens der Gemeinde Wien verhandelt, er hat sich aber nicht ein einziges Mal mit der Opposition ins Einvernehmen gesetzt, und bis zu Stunde wissen wir als Mitglieder der Landesregierung aus dem Munde eines verantwortlichen Organs noch nicht, was bei der Abgabenteilung geschehen ist. Was ich davon weiss, weiss ich nicht als Mitglied des Stadtrates und des Gemeinderates, sondern in meiner Eigenschaft als Mitglied des Nationalrates und weil die Regierung für die Würdigung der Wiener Opposition mehr Verständnis zeigt, als sie bei der Mehrheit des Wiener Gemeinderates vorhanden ist (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Wenn man eine Opposition nicht ins Vertrauen zieht, ihr nicht die Möglichkeit gibt, ihre Meinung zu äussern, hat man kein Recht ihr Verräterei vorzuwerfen. Dann müsste man vielmehr an seine:

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IX. Blatt

Wien, am 23. Jänner 1931.

eigenen Taktlosigkeit der Opposition gegenüber Anstoss nehmen und sagen, das haben wir wieder einmal saublöd gemacht (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Wenn mich Dr. Danneberg fragt, wieso ich zu der grossen Zuversicht für die nächsten Gemeinderatswahlen komme, so kann ich ihm nur antworten, ich bin ein aufmerksamer Leser der Arbeiterzeitung und meine Zuversicht gründet sich nicht zuletzt auf den starken Optimismus, den Dr. Danneberg selbst auf dem Parteitag als Referent über die Ergebnisse des Wahlkampfes vom 9. November ausgesprochen hat (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Es braucht nur zu gelingen, die sich gegenseitig zerfleischenden antisozialistischen Kreise zusammenzubringen und dann rechnen Sie nachguch nach dem Ergebnis der letzten Wahlen, wie schwer die Niederlage Ihrer Gegner und wie gross Ihr Sieg ist (Lachen und Zwischenrufe bei der Mehrheit. - GR. Reismann: Im Jahre 1927 haben Sie sich nicht zerfleischt!) Es ist ja wahr, dass die christlichsoziale Partei Stimmen und Mandate verloren hat und dass sie, wenn man dieses Wahleresultat auf den Gemeinderat überträgt, auch eine ganz stattliche Zahl von Gemeinderatsmandaten eingebüsst hätte. Aber weil das der Fall ist, wirkt das auf die Kreise, die es nicht darauf abgesehen hatten, Ihnen eine Freude zu bereiten, so ermunternd, dass die vielen Dummheiten, die bei den Wahlen am 9. November begangen worden sind, nicht mehr werden begangen werden (Lachen bei der Mehrheit). Man kann aber den Spiess umkehren und Sie fragen, woraus sich Ihre Zuversicht gründet (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Auf die Jugend!) Auf die Pappuschek und Mader gründet sie sich (Lebhafter Beifall bei der Minderheit. - Lachen bei der Mehrheit). Nach den Erfahrungen mit den Pappuschek und Mader haben wir uns umgesehen, ob es für diesen Haken nicht auch einen Stiel gibt und wundern Sie sich nicht, wenn in einem gegebenen Augenblick einige Pappuscheks und Maders ins Zuchthaus wandern werden, wegen des Wahlschwindels den Sie durchführen (Lebhafter Beifall bei der E.L. - Lachen und Zwischenrufe bei der Mehrheit. - GR. Reismann: Hat die Polizei Wahlschwindel betrieben? - Dr. Kolassa: Nein! Sie machen aber einen neuen Schwindel, wir sind Ihnen schon daraufgokommen!) Sie werden mich durch Zwischenrufe nicht veranlassen Sie ~~mit~~ darauf zubringen, welchen Weg wir gehen. Sie werden im gegebenen Augenblick Ihre Lumpen schon vor den Schranken des Gerichts aufmarschieren schon. (Beifall).

St. R. Kunschak behält sich vor, auf die heutigen Ausführungen des St. R. Weber ausführlich zu antworten. St. R. Weber hat heute als Haupttrumpf ausgespielt, dass ^{es} einem so hervorragenden Mitglied des Gemeinderates unmöglich passieren dürfe, eine Aktennummer mit einer Tatsbestandsnummer zu verwechseln. Wenn das wahr wäre, dann würde ich auch sagen, dass dürfe nicht

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

X. Blatt

KARL HONAY

Wien, am 23. Jänner 1931.

vorkommen. Ich bringe Ihnen aber zur Kenntnis, dass Sie nicht einmal die Aktnummer lösen können. Die Aktnummer ist nämlich nicht 5232, sondern 5954. Das sollte einem amtsführenden Stadtrat, wenn er zu seinem eigenen Referat spricht, nicht passieren. (Beifall bei der Minderheit).

Im übrigen halte ich meine Behauptungen hinsichtlich des Bauprogramms 1927 und der 5232 Wohnungen aufrecht und werde Ihnen beweisen, dass ich im Recht bin. Entweder werden Sie, Herr St. R. Weber, in Ihrem eigenen Amt nicht auf dem Laufenden gehalten oder Sie wurden von einem Referenten glatt hineingelegt. Bei der Gruppe IV sehen wir uns wieder. (Beifall bei der Minderheit).

.....
Der 40. Todestag des Erbauers des Rathauses.

Aus Anlass des 40. Todestages des Erbauers des Wiener Rathauses ist über Auftrag des Bürgermeisters im Namen der Stadt Wien ein Kranz am Fusse des Denkmals des berühmten Meisters der Baukunst, Dombaumeisters Friedrich Schmidt, niedergelegt worden.

.....
St. R. Breitner erklärt in seinem Schlusswort zur Generaldebatte und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II unter Hinweis auf die bezüglichen Stellen der letzten Rede des Abg. Dr. Danneberg im Gemeinderat, dass der Vorwurf des Landesverrates nicht gegen den St. R. Kunschak gerichtet war. Gemeinderat Dr. Danneberg hat in seiner letzten Rede auf Ausführungen der Wiener Abgeordneten Dr. Kienböck und Dr. Hryntschak Bezug genommen; da hat unter anderem Abg. Dr. Hryntschak erklärt, er bestehe mit allem Nachdruck und aller Schärfe, ^{darauf} dass in der Frage der Abgabenteilung das Verlangen der Länder erfüllt werde, da Wien

42 Millionen Schilling abgeben könne. Zwischen diesen Vertretern Wiens und Herrn St. R. Kunschak hat GR. Danneberg einen Trennungsstrich gezogen. Ich hoffe, dass damit das Missverständnis, das Herrn St. R. Kunschak unterlaufen ist, aufgeklärt ist. St. R. Breitner erwidert dann kurz auf die Ausführungen der GR. Biber, Dr. Wagner, Dr. Hengl und Preyer und hebt insbesondere hervor, dass die Auffassung, dass die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe als solche verschwinde, nicht zutreffend ist. Wir werden uns mit dieser Frage noch zu beschäftigen haben. Richtig ist, dass das freie Ermessen bei dieser Abgabe verschwinden wird, und auch wir werden ihm keine Träne nachweinen. Ich bitte den Rechnungsabschluss, der ein Stück Wohlfahrt für die Bevölkerung Wiens ist, zu genehmigen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Die dem Gemeinderat vorliegende Tagesordnung wird ohne Debatte beschlossen. Der Ortsschulrat Ybbs a. d. Donau erhält zur Durchführung einer Milchaktion für bedürftige und unterernährte Schulkinder eine Subvention von 50 Schilling, die Freiwillige Feuerwehr Ybbs a. d. D. eine Subvention von 300 Schilling und das Kuratorium der Aktion "Jugend in Not" eine Subvention von 50.000 Schilling. Weiter werden ein Grundankauf und eine Reihe von Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen ohne Debatte genehmigt.

Schluss der Sitzung 21 Uhr.
.....